

**Fachtagung in Berlin „Was wir meinen, wenn wir INKLUSION sagen. Ethische Grundlagen und Praxis.“ - eine Kooperationsveranstaltung vom Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) und der Fürst Donnersmarck-Stiftung**

**Vortrag von Prof. Dr. Hans-Walter Schmuhl  
„Inklusion als utopischer Begriff“**

**7. November 2019**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie im Namen des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft ganz herzlich willkommen heißen.

Was meinen wir, wenn wir *Inklusion* sagen? Wir wollen heute gemeinsam über den Begriff der Inklusion nachdenken. Gestatten Sie mir, zu Beginn ein paar Überlegungen aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft in den Raum zu stellen. Begriffsgeschichtlich gesehen, ist Inklusion eine noch sehr junge Sprachschöpfung, die – und das ist vielleicht mehr als nur eine Kuriosität am Rande – den ursprünglichen Bedeutungsgehalt des Wortes in sein Gegenteil verkehrt hat. Der Begriff „Inklusion“ leitet sich nämlich ab vom lateinischen *includere*, das mit *einschließen* oder *einsperren* zu übersetzen ist: *in carcerem inclusus sum* = ich bin im Gefängnis eingesperrt. Inklusion bedeutet demnach wörtlich „Einsperrung“ – in der Alten Kirche etwa wurden Männer oder Frauen, die sich zu Gebet und Askese *einmauern* ließen, als *Inklusen* bezeichnet – weshalb der Begriff Inklusion meine Kollegen aus der Mediävistik regelmäßig in heilloser Verwirrung stürzt. Erst ganz allmählich setzte sich der Begriff in übertragener Bedeutung durch – aus der *Einsperrung* wurde die *Einschließung* („inklusive“ = „einschließlich, inbegriffen“). Heute wird Inklusion meist als *Einbeziehung* in die Gesellschaft verstanden. Die Menschen, um die es geht, sollen aus den geschlossenen Sonderwelten, in die sie in der Vergangenheit abgeschoben worden sind, befreit werden, Ziel ist es, Einsperrung aufzuheben, Mauern, Schlösser, Gitter und in übertragenen Sinn Barrieren aller Art zu beseitigen.

Im deutschen Sprachgebrauch tauchte der Begriff *Inklusion*, aus dem Englischen kommend, erstmals in der „Salamanca-Erklärung“ auf, mit der über neunzig Regierungen und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen im Jahre 1994 einen „Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse“ festlegten. Seitdem hat der Begriff der Inklusion – gerade auch in der Folge der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen von 2006 – auch im deutschsprachigen Diskurs über „Behinderung“ den Begriff der Integration weitestgehend abgelöst – wenngleich die Unterscheidung in vielen Fällen keineswegs trennscharf ist. „Inklusion“ bezeichnet – anders als „Integration“ – nicht eigentlich einen *Prozess* der Eingliederung in die bestehende Gesellschaft, sondern vielmehr das *Ziel* eines grundlegenden sozialen Transformationsprozesses – nämlich eine Gesellschaft, die von vornherein so angelegt ist, dass sie allen Menschen, ob sie „behindert“ sind oder

nicht, den freien Zugang zu allen gesellschaftlichen Subsystemen als Grundrecht garantiert. *Alle* Menschen sollen in *alle* Lebensbereiche einbezogen sein. Es handelt sich, wie unschwer zu erkennen ist, um ein *Leitbild* gesellschaftlicher Entwicklung, um eine *Utopie*.

Eine Utopie ist ein Nicht-Ort – eine Utopie entwirft eine fiktive Gesellschaftsordnung, die es so nirgends gibt. Die Frage, vor der wir stehen, ist: Handelt es sich um eine konkrete Utopie im Sinne Ernst Blochs, also um ein ganz handfestes „Denken nach vorn“, eine Kritik der bestehenden Verhältnisse und zugleich eine Blaupause für deren Veränderung? Ist eine inklusive Gesellschaft tatsächlich erreichbar? Oder bleibt Inklusion ein Ideal, das in der Realität niemals eingeholt werden kann? Ich halte das für eine offene Frage. Als Historiker kann ich nur sagen, dass es eine Gesellschaft ohne Segregation und Exklusion von „Randgruppen“ in der Geschichte noch nie gegeben hat – die Frage ist, ob dies nicht eine Gesellschaft ohne soziale Schichtung, Stände- und Klassenbildung sein müsste?

Wenn Inklusion ein in der Realität nicht erreichbares Ideal darstellt, ist es dann sinnvoll, das politische Handeln an diesem Begriff auszurichten? Man kann sagen, ein Leitbild, das man letztlich nicht einholen kann, ist ein stetiger Impuls, die Gesellschaft immer weiter auszubauen, um sie dem Idealzustand wenigstens ein Stück näher zu bringen? Kritisch ist aber auch mit Georg Lukács zu fragen, ob nicht jeder Versuch, das Utopische als seiend zu gestalten, „formzerstörend“ enden muss?

Auf jeden Fall, so will mir scheinen, müssen wir uns immer wieder klar machen, dass Inklusion ein Begriff mit immensum utopischem Überschuss ist, dass man Inklusion auf keinen Fall durch minimalinvasive Eingriffe in die gesellschaftliche Ordnung erreichen wird. So scheint es mir, um nur ein Beispiel zu nennen, viel zu kurz gegriffen, das System der besonderen Schulen für Menschen mit Behinderungen abzubauen und deren Schüler/innen einfach in das Regelschulsystem zu überführen und allenfalls einen Teil der bisher für das Sonderschulwesen aufgebrauchten Mittel für Sozialarbeiter/innen oder Heilpädagog/innen zu verwenden, die Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im Regelschulsystem begleiten und unterstützen sollen. Denn unser Regelschulsystem reproduziert von seiner inneren Verfassung her soziale Ungleichheit. Wollte man es so umgestalten, dass es allen Schüler/innen dieselben Chancen bietet, müsste man es von Grund auf ändern, angefangen bei der Organisation in jahrgangsbezogenen Klassen, geht diese doch von der Fiktion eines bestimmten Entwicklungsstandes von Kindern und Jugendlichen in einem bestimmten Alter aus. Ein wahrhaft inklusives Schulsystem müsste einen Quantensprung in Richtung einer inneren Differenzierung des Unterrichts vollziehen, mit den entsprechenden Anforderungen an das Raumangebot, die Qualifikation der Lehrkräfte, die Lerngruppengröße usw. Solange dies nicht geschieht – und ich bin pessimistisch, dass ich eine solche Schulreform noch erleben könnte –, laufen wir Gefahr, dass Kinder und Jugendliche, die wir in bester Absicht in das Regelschulsystem inkludieren, dort marginalisiert werden und später in das gesellschaftliche Prekariat absinken.

Die Tücken einer zu kurz gegriffenen Inklusion beschränken sich nicht auf das Schulsystem, man könnte entsprechend alle gesellschaftlichen Bereiche durchdeklinieren.

Was wir brauchen, so meine Schlussfolgerung, ist ein permanenter Reflexionsprozess auf zwei Ebenen: Zum einen gilt es, konkret über einzelne Schritte nachzudenken, wie man Inklusion auf einer ganz praktischen Ebene (in einer Stadt oder Gemeinde, in einer Institution, auf einem konkreten sozialen Feld) umsetzen kann. Zum anderen braucht es aber auch einen kritischen Diskurs darüber, wo Inklusion an ihre Grenzen stößt, welche gesellschaftlichen Verhältnisse ihr Grenzen setzen und wie man Gesellschaft gestalten kann, um solche Grenzen zu durchbrechen oder doch zumindest aufzuweichen.

Von dem heutigen Symposium erhoffe ich mir Impulse sowohl für die konkrete Praxis als auch auf einer Metaebene – damit wir am Ende des Tages eine genauere Vorstellung haben, was wir meinen, wenn wir Inklusion sagen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen anregende und ertragreiche Diskussionen!